

Grafschafter SPD ist „sehr enttäuscht“ von Lemke

Umwelt Wirtschaftsministerin soll im Streit zwischen Tongrube und Bürgerinitiative Stellung beziehen

■ **Grafschafter.** Die Grafschafter SPD fordert von Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Grüne), im Streit zwischen der Bürgerinitiative „Aktive Grafschafter“ und dem Betreiber der Tongrube Leimersdorf klar Stellung zu beziehen. „Die SPD Grafschafter zeigt sich sehr enttäuscht von Ministerin Eveline Lemke“, betont der Vorsitzende der Grafschafter SPD, Udo Klein.

Anstatt eindeutig Stellung gegen die vom Betreiber geplante Mülldeponie in Leimersdorf zu beziehen, verlagere sie die aktuelle Diskussion auf die Frage, ob die „Aktiven Grafschafter“ ein wirtschaftliches Interesse bei ihrem Engagement gegen die Deponie ver-

folgten. Damit stelle Lemke die Grundsätze der Aktiven Grafschafter infrage, deren erklärtes Ziel es sei, „sich für den Erhalt und Schutz von Lebensraum, Natur und Obstplantagen speziell im Umfeld der Leimersdorfer Tongrube einzusetzen“, so Klein.

Genau das erwarte die SPD gerade auch von einer Grünen-Ministerin: „Warum wird ein Nebenschauplatz aufgebaut?“ Die Bürgerinitiative hat bei der Gründung die Form einer Gesellschaft des Bürgerlichen Rechts gewählt, um Sperrgrundstücke aufzukaufen und eine Ausweitung der Tongrube zu verhindern. „Wir verstehen nicht, was mit einer solchen Diskussion

vom Ministerium bezweckt werden soll“, erklärte Klein.

Es gebe nur einen, der ein rein wirtschaftliches Interesse an der Errichtung einer Deponie habe, und „das sind die Leimersdorfer Tonwerke respektive die CC Umwelt, die mit der Einlagerung von Fremdmassen in die Tongrube Millionengewinne machen möchte“, so der SPD-Mann. Natürlich hätten auch die „Aktiven Grafschafter“ einen gewissen wirtschaftlichen Hintergrund für ihr Engagement.

Der läge darin begründet, den Wert des Wohneigentums und der Grundstücke aller betroffenen Bürger in und um Leimersdorf zu erhalten und den Fortbestand der

Obstplantagen zu sichern. Klein: „Oder glaubt Frau Lemke wirklich, dass unsere Landwirte ihre Produkte verkaufen können, wenn die in unmittelbarer Nähe einer Mülldeponie angebaut werden? Glaubt sie, dass noch jemand ein Haus in Nähe einer Deponie bauen würde oder dort gern wohnen möchte?“

Solidarischer Bügereinsatz werde ignoriert, stellt er fest. Es könne doch nicht sein, dass der solidarische Einsatz der „Aktiven Grafschafter“ für die Interessen aller Leimersdorfer Bürger „mit den Gewinnmaximierungsabsichten eines Unternehmens aus dem Bereich Müllentsorgung gleichgesetzt wird“, so der Sozialdemokrat. **hb**